



UNSER WAHLPROGRAMM

zur Stadtratswahl 2024

Liebe Koblenzerinnen und Koblenzer,

die Verbindung von Freiheit und Sicherheit bildet das Fundament einer blühenden Gesellschaft. Ohne Sicherheit, gibt es keine Freiheit. Dies betrifft praktisch alle Bereiche unsers Zusammenlebens.

In der Wirtschaft gewährleistet Sicherheit stabile Rahmenbedingungen für Unternehmen, fördert Innovation und schafft somit nachhaltigen Wohlstand. Die Freiheit, unter diesen sicheren Bedingungen zu agieren, ermöglicht Wachstum und florierende Geschäftsmodelle. Für die Jugend ist Sicherheit eine Grundvoraussetzung, um ihre Freiheit in Bildung und persönlicher Entwicklung zu entfalten. Ein sicherer Raum fördert das Vertrauen junger Menschen und ermutigt sie, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Im sozialen Bereich schafft Sicherheit ein Umfeld, in dem Menschen Vertrauen zueinander aufbauen können. Dies ist essenziell für ein soziales Miteinander, Solidarität und die Entwicklung eines starken Gemeinschaftsgefühls.

Auch im Nachtleben ist die Verbindung von Freiheit und Sicherheit unerlässlich. Ein sicherer Rahmen ermöglicht es, kulturelle Veranstaltungen und soziale Interaktionen in vollen Zügen zu genießen, ohne Bedenken um persönliche Sicherheit.

Insgesamt zeigt sich, dass Freiheit und Sicherheit keine Gegensätze sind, sondern sich gegenseitig stärken. Eine Gesellschaft, die diese Prinzipien in den genannten Bereichen in Einklang bringt, schafft eine Grundlage für nachhaltigen Erfolg und Wohlstand.

Dieses Ziel haben wir FREIE WÄHLER uns mit dem Wahlprogramm zur Stadtratswahl 2024 zur Aufgabe gesetzt. Freiheit braucht Sicherheit. Koblenz braucht FREIE WÄHLER.

Koblenz, 20. Januar 2024



Stephan Wefelscheid

Kreisvorsitzender FREIE WÄHLER Koblenz

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| 1. Prolog und Zusammenfassung..... | 5 |
| 2. Asyl, Migration und Integration | 8 |
| 3. Bessere Förderung der kulturellen Grundlagen..... | 10 |
| 4. Umwelt und Energiewende..... | 12 |
| a. Natur bewahren und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen | 12 |
| b. Reduzierung des Flächenverbrauchs, Wiederherstellung sowie Neuschaffung von Naturräumen, Sicherung des Grundwassers | 13 |
| c. Zukunftssicherung für unsere Wälder | 14 |
| d. Wasserschutz | 16 |
| e. Verlässliche Energiepolitik für Rheinland-Pfalz unter Ausbau der dezentralen Energiegewinnung | 16 |
| 5. Gesundheit und Soziales..... | 18 |
| a. Allgemeines | 18 |
| b. Erhalt der wohnortnahen Gesundheitsversorgung..... | 20 |
| c. Optimierung der häuslichen Pflege..... | 21 |
| 6. Kommunale Finanzen..... | 22 |
| a. Gesunde Finanzen für die Kommunen in Rheinland-Pfalz | 22 |
| 7. Mittelständische Wirtschaft und Bauwesen | 23 |
| a. Freie Marktwirtschaft..... | 23 |
| b. Wirtschafts- und Tourismusstandort Koblenz..... | 24 |
| c. Handwerk und Bauwirtschaft | 26 |
| 8. Stadtentwicklung und Verkehr | 27 |
| 9. Kinder, Jugend, Familie und Sport | 30 |
| 10. Leben im Alter | 33 |

| | | |
|-----|---|----|
| 11. | Soziale Gerechtigkeit..... | 34 |
| a. | Soziale Gerechtigkeit ist kein Privileg, sondern staatliche Pflicht | 34 |
| b. | Soziale Teilhabe vor Ort gewährleisten..... | 36 |
| c. | Gleicher Lohn für gleiche Arbeit..... | 36 |
| d. | Arbeitsplätze für Hochqualifizierte schaffen und sichern..... | 36 |
| e. | Arbeit vor Ort – Flexibilisierung der Arbeit..... | 37 |
| f. | Hilfe leisten und Hilfe zur Selbsthilfe fördern | 37 |
| g. | Wer Hilfe braucht soll diese bekommen..... | 38 |
| 12. | Ehrenamt und Blaublichtfamilie als Rückgrat der Gesellschaft..... | 39 |

1. Prolog und Zusammenfassung

Der Erfolg der FREIE WÄHLER in Rheinland-Pfalz ist unweigerlich mit ihrem Ursprung in den Kommunen tief verwurzelt. Es ist die Geschichte von Menschen vor Ort, die nicht wegsehen, sondern als mündige Bürger ihre Aufgaben und Möglichkeiten in unserer Demokratie wahrnehmen. In einer politischen Atmosphäre, die zunehmend durch die schrillen Töne der Ränder geprägt ist, gelingt es uns, Maß zu halten - und damit einen signifikanten Beitrag zur Rückbesinnung auf die Relevanz sachorientierter Entscheidungen zu leisten.

Herausfordernden Zeiten begegnen wir FREIE WÄHLER gleichsam mit Hingabe für die kommenden Generationen und praktischer Erfahrung aus der eigenen Vergangenheit. Unsere Losung lautet daher: Leidenschaftlich, pragmatisch, gut. Dieser Dreiklang spiegelt sich in unserem Kommunalwahlprogramm wider, das den Grundstein unserer Ziele in den kommenden Jahren legt.

Was den Kommunen bundesweit, aber insbesondere den chronisch unterfinanzierten rheinland-pfälzischen in der jüngsten Vergangenheit zugemutet wurde, überspannt den Bogen des Erträglichen und stellt die Verantwortlichen vor Ort bloß. Deswegen steht unser Kommunalwahlprogramm für eine tatsächliche Zeitenwende, die sich aus den Gemeinden in die Republik trägt und damit zur Aussöhnung zwischen Stadt und Land, Stromer und Diesel, Jung und Alt beiträgt. Elf Schwerpunkte bilden dieses Vorhaben ab.

So bedarf es der besseren **Förderungen kultureller Grundlagen**, einhergehend mit der Verankerung von „Kultur“ als Pflichtaufgabe in der Landesverfassung. Genauso wie der Mensch sauberes Wasser braucht, benötigt er Kunst, Literatur oder die Philosophie - all das manifestiert sich in einem angemessenen Angebot in unseren Gemeinden. „Kultur“ als freiwillige Aufgabe in den Kommunalhaushalten zu führen, war noch nie zeitgemäß, sondern spiegelt vielmehr die stiefmütterliche Behandlung dieses elementaren Lebensbereichs durch die Landesregierung wider. Mit einem Kulturfördergesetz möchten wir den Erhalt von Orchestern, Theatern und kleinen Museen sicherstellen und selbstständigen Künstlern eine sichere Zukunft geben.

Neben dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch die Förderung der Biodiversität, der stärkeren Einbindung der jungen Generation in die umweltpolitische Strategiefindung und einer effektiven Kreislaufwirtschaft beim Abfallmanagement sind vernünftige **Klimaschutzkonzepte**, die ökologische, soziale und ökonomische Gesichtspunkte berücksichtigen, für die FREIE WÄHLER in Rheinland-Pfalz von zentraler Bedeutung. Im Mittelpunkt stehen für uns dabei dezentrale Lösungen bei der Energiegewinnung. Praktische Maßnahmen wie die Entwicklung von Wasserstoff- und Fusionstechnik sowie der Forschung an und der Errichtung von intelligenten Speicherwerken müssen durch ein Anreizsystem für Industrie, Privatpersonen und Wissenschaft ergänzt werden. Von Verboten und Sanierungszwängen halten wir nichts - einer grünen „Ideologiediktatur“ erteilen wir eine Absage.

Auch wenn die Bereiche **Gesundheit und Soziales** vorwiegend auf Landes- und Bundesebene reformiert werden müssen, können unsere Kommunen, insofern sie endlich eine angemessene finanzielle Ausstattung erhalten, wichtige Impulse setzen. Im Gegenzug zur Übernahme von Studienkosten sollen sich Mediziner nach der Ausbildung beispielsweise verpflichten, in den entsprechenden Kommunen zu praktizieren. Eine kommunale Beteiligung an der Praxisausstattung und die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten sorgen ebenfalls für eine Attraktivierung ländlicher Regionen. Dabei lässt sich eine flächendeckende medizinische Versorgung nur durch ein System sicherstellen, das auch medizinische Fachangestellte und Pflegekräfte ihrer Bedeutung entsprechend entlohnt. Und letztlich ist die Gründung einer Landeskrankengesellschaft unerlässlich, um die Schließung weiterer Krankenhäuser zu verhindern. Eine weitere Privatisierung von Krankenhäusern lehnen wir ab.

Die Beteiligung von **Kindern und Jugendlichen** am kommunalpolitischen Leben ist angesichts der demographischen Entwicklung und dem zunehmenden Mangel ehrenamtlich Verantwortlicher essentiell für die Gemeindestrukturen. Der **Koblenzer Jugendrat** hat sich insofern als starke Stimme der jungen Koblenzer etabliert und FREIE WÄHLER nehmen die Arbeit des Jugendrats als konstruktiv-kritische Stimme im Stadtrat und dessen Ausschüssen wohlwollend wahr.

Die Reform des Landesfinanzausgleichsgesetzes hat gezeigt, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung weiterhin kein Interesse daran hat, die **finanzielle Ausstattung ihrer Kommunen** aufzuwerten. Die Altschuldenlösung und die Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs sollten im Gleichschritt Probleme der Vergangenheit beseitigen und präventiv deren erneute Entstehung verhindern. Da etliche Kommunen nicht am Entschuldungsprogramm teilnehmen können und viele unter geringeren Landeszuweisungen im neuen KFA leiden, wird Rheinland-Pfalz seinen letzten Platz in Schuldenrankings auf absehbare Zeit nicht verlieren. Neben der strengen Einhaltung des Konnexitätsprinzips fordern wir daher eine Übernahme aller Altschulden (nicht nur der Kassenkredite) durch Land und Bund sowie die **Abschaffung der Straßenausbaubeiträge**. Unverschuldet defizitäre Haushalte dürfen nicht länger die Handlungsspielräume unserer Kommunen auf ein unerträgliches Maß einschränken.

Die Tatsache, dass in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren die Anzahl der Bevölkerungsgruppe 65+ konstant steigen wird, darf nicht länger als gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hemmschuh betrachtet werden. Vielmehr gilt es sich dieser Realität zu stellen und Voraussetzungen zu schaffen, die **Senioren ein selbstbestimmtes und aktives Leben** in den Kommunen ermöglichen. Dazu gehört der Erhalt von Infrastruktur (z.B. Banken), die Verflechtung von Schulen und Senioreneinrichtungen, der Bau von Mehrgenerationenhäusern und die Förderung von familiärer Pflege zu Hause.

Eifel, Hunsrück, Pfalz und Westerwald: Rheinland-Pfalz ist durch viele ländliche Regionen geprägt. Um die urbanen Ballungsgebiete zu entlasten, bedarf es **gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land**. Dafür müssen Kindergärten, Schulen, die ärztliche Versorgung und Einkaufsmöglichkeiten ausgebaut und erhalten werden, sodass die Attraktivität des ländlichen Raums auch für junge Menschen gesteigert wird. Dazu gehört natürlich auch die Verbesserung von Barrierefreiheit im Allgemeinen und der Ausbau des Straßen- und Radwegenetzes.

Ehrenamtliche Tätigkeit und die Mitglieder der Blaulichtfamilie bilden das Rückgrat unserer Gesellschaft. Freiwillige Feuerwehren, Vereine oder der Tierschutz

müssen grundlegend gestärkt und anerkannt werden. Hierzu braucht es neue Konzepte wie die Einführung von Rentenpunkten, um ein solches Engagement nicht nur ideell, sondern auch faktisch zu würdigen. Unsere Demokratie lebt von Bürgern, die sich für ihre Mitmenschen einsetzen - ihnen verleihen wir eine vernehmbare Stimme.

In Zeiten staatlicher Überregulierung bekennen sich die FREIE WÄHLER zur **sozialen Marktwirtschaft**. Damit das Wohlstandsversprechen weiterhin für alle gilt, muss überbordender Bürokratie Einhalt geboten werden. Um unsere Kommunen für Handwerk und Mittelstand attraktiv zu gestalten, muss die Gewerbesteuer - bei gleichzeitigen Kompensationsleistungen an die Kommunen durch originäre Landesmittel - gesenkt werden. Dies muss einhergehen mit der Entwicklung einer Fachkräftestrategie und der Verkürzung von Genehmigungsverfahren (z.B. bei Bebauungsplänen).

Auf absehbare Zeit wird das Auto gerade auf dem Land das zentrale Verkehrsmittel bleiben. Daran wird auch der von der Landesregierung angekündigte Nahverkehrsplan nichts ändern. Dennoch müssen die Städte besser an den ländlichen Raum angebunden werden - über **Straße und Schiene**. Gleichzeitig ist der erhebliche Investitionsstau im Bereich Infrastruktur sukzessive abzubauen. Die Verkehrsplanung in Rheinland-Pfalz darf nicht doktrinär geführt werden, vielmehr bedarf es der Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten.

2. Asyl, Migration und Integration

Die Asyl- und Zuwanderungspolitik des Bundes wie auch des Landes hat zu massiven finanziellen und strukturellen Problemen in den Kommunen geführt. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden, damit die Kommunen wieder der Verantwortung ihren Bürgern gegenüber gerecht werden können und nicht länger die Notstandsverwalter einer verfehlten Bundes- und Landespolitik sind.

Wir stehen zu unserem Asylrecht und wollen unserer humanitären Verantwortung in Deutschland gerecht werden. Politisch Verfolgte und Bürgerkriegsflüchtlinge genießen Schutz, bis die Lage in ihren Heimatländern eine Rückkehr zulässt. Neben einem **schnellen Abschluss der Asylverfahren** ist aber ebenso die **rasche**

Rückführung abgelehnter oder straffällig gewordener Asylbewerber erforderlich.

Durch wirtschaftliche Not in vielen Teilen der Welt verlassen Millionen Menschen ihre Heimat. Dieser Aspekt der Migration muss klar vom Asylrecht getrennt werden. Die Länder Europas und insbesondere Deutschland üben eine hohe Anziehungskraft auf Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten aus. **Eine unkontrollierte Migration von Wirtschaftsflüchtlingen ist abzulehnen.** Hier bedarf es Verfahrensweisen, die zu einer geordneten, sich an den Bedürfnissen unseres Landes und den Erfordernissen des Arbeitsmarktes orientierenden Zuwanderung führen. Missbrauch von Sozialleistungen, respektive von Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz muss konsequent verfolgt und bestraft werden.

Bund und Land müssen die Kommunen bei der Bewältigung der durch Asylsuchende und Zuwanderer entstehenden Probleme deutlich mehr, vor allem auch finanziell, unterstützen. So muss aus unserer Sicht der Bund vollumfänglich für die Kosten der Unterbringung und der Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern aufkommen.

Diejenigen Zugewanderten, die bei uns bleiben, müssen wir so gut wie möglich in unsere offene Gesellschaft eingliedern. Doch **Integration ist keine Einbahnstraße.** Damit sie gelingt, müssen wir die Zugewanderten fördern, aber auch ihre aktive Mitarbeit an der Integration einfordern. Der **Erwerb der deutschen Sprache**, die Bereitschaft, sich für unseren Arbeitsmarkt weiter zu qualifizieren,

aber auch unsere liberale Gesellschaftsordnung anzuerkennen, gehören zwingend dazu. Dies zu verweigern, muss ebenso zwingend Konsequenzen haben.

Die Stadt Koblenz heißt eingebürgerte Menschen willkommen, dazu werden die Urkunden in würdiger Zeremonie übergeben. Hierbei muss darauf geachtet werden, dass ein Handschlag und ein **Bekennnis zum Grundgesetz** erfolgen. **FREIE WÄHLER lehnen Parallelgesellschaften ab: Grundgesetz statt Scharia.** Die Ausländerbehörde muss personell so aufgestellt sein, dass Abschiebungen konsequent umgesetzt werden können. Hier muss auch die Landesregierung kooperativer werden, um die Stadt bei den teuren Verfahren zu entlasten.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- Schnellerer Abschluss von Asylverfahren und schnellere Rückführung von abgelehnten oder straffällig gewordenen Asylbewerbern und damit Entlastung der Kommunen.
- Deutlich mehr finanzielle Unterstützung der Kommunen durch Bund und Land bei der Finanzierung von Sozialleistungen, Unterbringung und Integration der Asylbewerber und Migranten.
- Konsequente Ahndung bei Missbrauch von Sozialleistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz und Vermeidung und Ahndung von Missbrauch des Asylrechts.
- Wirtschaftsmigration ausschließlich unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Arbeitsmarktes zulassen, um eine Überlastung der Integrationsfähigkeiten unserer Gesellschaft und des Sozialsystems zu vermeiden.

3. Bessere Förderung der kulturellen Grundlagen

Kultur ist eine wichtige Grundlage unserer Gesellschaft und spielt bei politischen, gesellschaftlichen und individuellen Fragen eine wesentliche Rolle. Sie sollte zusammen mit Bildung ein lebenslanger Begleitaspekt der Menschen sein. Ein ausreichendes und qualitativ ansprechendes Kultur- und Bildungsangebot muss daher in allen Kommunen möglich sein, unabhängig von deren finanzieller Situation. Hierzu gehören neben einem ausgewogenen Angebot im Bereich darstellende und bildende Künste auch das regionale Brauchtum und die heimischen Kulturlandschaften. Dabei muss auch ganz konkret eine **Förderung der Kunst- und Kulturschaffenden** ins Auge gefasst werden. Diese Akteure sind die Grundlage einer lebendigen Kultur. Ohne sie ist kein auf Dauer ausgelegtes Kulturangebot möglich.

Das reichhaltige Kulturangebot muss unbedingt erhalten bleiben. Eine vielfältige Kulturlandschaft ist auch für die Ansiedlung von Unternehmen und die Gewinnung von Fachkräften am Wirtschaftsstandort Koblenz von großer Bedeutung. Die **Sanierung des Theater Koblenz** ist ein sichtbares Zeichen für den Erhalt dieser über 225 Jahre alten Bühne. Ebenso sind die städtischen Museen, die Bibliothek,

sowie Musik- und Volkshochschule für das Koblenzer Kulturleben als städtische Einrichtungen weiterhin zu stärken. Die Geschichte der Stadt und „Heimat-Kultur“ in Stadtteilmuseen muss aufgewertet werden.

FREIE WÄHLER fordern die **Einrichtung eines „Ortes der Demokratie“**, um auf die Bedeutung der Stadt Koblenz für Demokratie in den verschiedenen Dekaden herauszustellen. Hierzu muss die Stadt mit dem Landtag Rheinland-Pfalz ein Konzept erstellen, damit ein lebendiger Ort der Demokratie allen Generationen offensteht.

Die „Freie Szene“ und private Kulturvereine brauchen in der Stadtverwaltung weiterhin einen starken Ansprechpartner. Die **Kulturfabrik** muss barrierefrei ausgebaut werden, um als soziokulturelles Zentrum auch den vielfältigen Aufgaben gerecht werden zu können.

Zu unseren besonderen kulturellen Grundlagen gehören aber auch die Vereine, die Hilfsorganisationen und das Ehrenamt. Diese gilt es intensiver zu unterstützen. So setzen wir uns beispielsweise dafür ein, dass das Ehrenamt deutlich gestärkt wird. Wer im Ehrenamt für andere da ist und das über viele Jahre oder gar Jahrzehnte, soll nach unserer Auffassung für diese gesellschaftlich bedeutende Arbeit im Rentensystem Rentenzeiten und -punkte gutgeschrieben bekommen.

Die **Stärkung des Ehrenamts** ist auch eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Koblenz und den Stadtteilen. Wir streben an, dass zukünftig Neubauten für Schulen auch gleich Möglichkeiten für die Gemeinschaft schaffen in Form von **Bürgerhäusern als Treffpunkt im Mittelpunkt des Ortes**.

Kultur ist grundsätzlich Ländersache. Daher ist das Land gefordert, hier endlich bemerkbare und nachhaltige Initiativen anzustoßen. Wie in so vielen anderen Punkten muss auch hier aus den Kommunen heraus Druck auf das Land ausgeübt werden, damit sich etwas bewegt. Diesen Druck werden die FREIE WÄHLER aufbauen. Derzeit bereitet die Landtagsfraktion der FREIE WÄHLER den Entwurf eines Kulturfördergesetzes auf Landesebene vor, in dem wesentliche Punkte der Förderung unserer kulturellen Grundlagen verankert werden.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- die Verankerung von Kultur als Pflichtaufgabe in der Landesverfassung, um nicht mehr als freiwillige Leistung in den Kommunalhaushalten geführt zu werden.
- die Verabschiedung eines Kulturfördergesetzes durch das Land Rheinland-Pfalz.
- die Erhaltung und Stärkung der Orchester in Rheinland-Pfalz.
- die Verbesserung der Förderung der Theater in Rheinland-Pfalz.
- den Erhalt und stärkere Unterstützung auch der kleineren kommunalen Museen.
- die stärkere Vernetzung von Kultur und Tourismus.

4. Umwelt und Energiewende

a. Natur bewahren und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen

Eine gesunde Umwelt ist kein Selbstzweck, sondern sichert und verbessert nachhaltig das Zusammenspiel zwischen Natur-, Lebens- und Wirtschaftsräumen für die Menschen heute und für künftige Generationen. Wir FREIE WÄHLER wollen die Natur bewahren und die **natürlichen Lebensgrundlagen schützen**. Umweltpolitik beginnt im Bewusstsein der Bürger vor Ort und muss in den Kommunen sichtbar und erlebbar werden. Der Dialog mit Bürgern jeden Alters muss intensiviert werden.

Auf der kommunalen Ebene stehen die FREIE WÄHLER für

- die Bewahrung unserer heimischen Natur- und Kulturräume durch ihre nachhaltige Weiterentwicklung.
- Vermeidung, Wiederverwertung, umweltgerechte Entsorgung von Abfall.
- stärkere Einbindung der jungen Generation in umweltpolitische Strategieentwicklung und Entscheidungsfindung.
- den Schutz des Bodens und des Grundwassers.
- die Förderung der Biodiversität.

In diesem Zusammenhang muss auch der Umgang mit dem Wolf ständig neu überdacht und bewertet werden. So wenig eine ungehemmte Ausbreitung des Wolfes

sinnvoll ist, so wenig ist auch die erneute Ausrottung des Wolfes sinnvoll, da eine maßvolle Population nachgewiesenermaßen positiven Einfluss auf die Biodiversität hat. Klar ist: zum Schutz der Weideviehhalter muss eine Bejagung des Wolfes (z.B. ab einer gewissen Populationsdichte) im Jagdgesetz verankert und durchgeführt werden. Ebenso wie die Regulierung von Schalenwild (u.a. Wildschweine, Rehe und Hirsche) muss auch die Regulierung des Raubwildes sinnvoll geregelt werden, da eine unregulierte Entwicklung des Bestandes in unserer Kulturlandschaft zu akuten Problemen führen muss.

Aufgrund der besonderen Lage der Stadt Koblenz werden wir im Forstausschuss auch den Wolf thematisieren und den Schutz von Wild- und Weidetieren auch auf kommunaler Ebene aufgreifen. Dazu dient auch eine Regulierung der Besucherströme im Wald, dazu zählen FREIE WÄHLER auch Aktivsportler.

b. Reduzierung des Flächenverbrauchs, Wiederherstellung sowie Neuschaffung von Naturräumen, Sicherung des Grundwassers

Der zunehmende Flächenverbrauch für Straßen, Gewerbe, Industrie und Wohnraum droht die für das Klima wichtigen Naturräume irreversibel zu reduzieren. Hier muss mit Fingerspitzengefühl und Augenmaß ein Interessenausgleich geschaffen werden. Die Sicherung des Grundwassers muss ebenfalls in diesem Zusammenhang gesehen werden. Ein Absinken des Grundwasserspiegels verschärft die für Pflanzen und Tiere, aber auch für den Menschen prekären Folgen des Klimawandels. Neben der **Beseitigung von unnötigen Flächenversiegelungen** kann eine stärkere **Nutzung von Regenwasser** z.B. in Privathaushalten statt des hoch aufbereiteten Trinkwassers hilfreich sein.

Wir FREIE WÄHLER setzen uns ein für

- eine Reduzierung des Flächenverbrauchs für Verkehrs-, Gewerbe-, Industrie- und Siedlungsentwicklung.
- Schaffung grüner Oasen in Städten und Gemeinden.
- Förderung der Begrünung von Städten und Gemeinden (Dächer und Vorgärten, Begrünung von Gewerbegebieten etc.).

- Renaturierung von Bachläufen inklusive der Wiederherstellung der bachbegleitenden Grünstrukturen unter Berücksichtigung von Hochwasserschutzmaßnahmen. Dazu zählt bachbegleitende Strukturen durch einfachste Verbauungen mit vorhandenem Material umzusetzen. Die Uferbereiche werden von überfließenden Bachläufen überflutet, Pioniergehölze, perennierende Blühstreifen und Brombeeren könnten hier zur Bodenbefestigung eingesetzt werden.
- eine frühzeitige Einbindung von Bürgern bei der Planung von Großprojekten und der Ausweisung großflächiger Schutzgebiete.
- Aufhebung unnötiger Oberflächenversiegelungen, z.B. durch Rückbau aufgegebener Industrieanlagen.
- Aufbau von Starkregentrückhaltebecken und verstärkte Nutzung von Regenwasser z.B. bei der Bewässerung von Gärten.

c. Zukunftssicherung für unsere Wälder

Rheinland-Pfalz gehört noch zu den walddreichsten Ländern Deutschlands. Mehr als 40 % der Fläche sind mit Wald bedeckt. Doch Klimawandel und Trockenheit bedrohen zunehmend diese Waldflächen, insbesondere die borkenkäferanfälligen Fichten-Monokulturen, aber auch die übrigen Baumarten. Ein umfassender Umbau hin zu stabilen Mischwäldern mit gegen Hitze und Trockenheit resistenteren Baumarten ist dringend notwendig.

Die rheinland-pfälzischen Waldbesitzer stellen eine Vielzahl von Leistungen für unsere Gesellschaft bereit. Neben der Rohstoffversorgung mit dem **klimafreundlichen Rohstoff Holz** ist unser Wald gleichzeitig CO₂-Speicher, Wasserfilter und Wasserspeicher, Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Erholungsraum für Menschen und Schutz gegen negative Umwelteinflüsse wie z.B. Lärm, Staub, Hitze, Erosion.

Als größter kommunaler Waldbesitzer in Rheinland-Pfalz ist der **Wald für Koblenz** auch ein Forstwirtschaftsbetrieb, der wieder zurück zu seinen Wurzeln geführt werden muss, um auch Erträge durch nachhaltige und wirtschaftliche Forstwirtschaft zu erzielen.

Wer Klimaschutz ernst nimmt, muss auch den Forst richtig dafür einsetzen. Ein **Wirtschaftswald** dient auch der Wirtschaft, gerade im Bausektor. Daher braucht es auch klimaresiliente Nadelhölzer.

Besucherströme sind smart zu lenken, der Druck auf das Wild muss reduziert werden. Schutzbereiche sind stärker zu kontrollieren.

Die **Waldpädagogik** muss im Sinne von Haushalts-Wahrheit- und Klarheit dem zuständigen Dezernat zugeordnet und die Kosten hieraus getragen werden.

Die Leistungen, die Waldbesitzer für die Allgemeinheit erbringen, muss durch adäquate finanzielle Unterstützung sichergestellt werden. Dazu gehört u. a. ein Anteil aus der CO₂-Bepreisung und eine Bewertung und Entlohnung der für die Allgemeinheit erbrachten Leistungen. Um die Wiederbewaldung der aktuell entstandenen Kahlfelder erfolgreich durchzuführen, ist es notwendig, den jungen Wald vor Schäden durch Rot-, Reh- und Muffelwild zu schützen. Hier ist es Aufgabe der Politik, die Jagdgesetze so zu formulieren, dass das Wildmanagement und die Jagdausübung Wildschäden verhindern und unsere einheimischen Wildarten trotzdem auch zukünftig einen Platz in unseren Wäldern haben.

Wir FREIE WÄHLER wollen

- Adäquate finanzielle Unterstützung der Waldwirtschaft, z.B. über einen Anteil aus der CO₂- Bepreisung.
- Hinreichende Bewertung und Entschädigung der Waldbesitzer für Leistungen, die sie für die Allgemeinheit erbringen (saubere Luft, Wasser, Erholung, Erosionsschutz, Klimaschutz, etc.).
- Novellierung der Jagdgesetze mit dem Ziel, die Wildbestände in unseren Wäldern so zu regulieren, dass eine Naturverjüngung der heimischen Baumarten ohne übermäßige Schutzmaßnahmen möglich ist.
- Förderung der Verwendung des nachwachsenden Rohstoffes Holz, insbesondere beim Holzbau; Holz ist der wirksamste CO₂-Speicher.

d. Wasserschutz

Wasserschutz bedeutet: Die **Wasserversorgung** muss **in kommunaler Hand** bleiben. Die Privatisierung der Wasserversorgung hat dort, wo sie durchgeführt wurde, zu steigenden Wasserpreisen und einer Verschlechterung der mit der Wasserproduktion und -aufbereitung verbundenen Infrastruktur geführt. Die Wasserversorgung gehört zur Daseinsvorsorge und damit in kommunale Hand.

Wasserschutz bedeutet auch, die Hochwasserschutzprogramme fortzuführen und auf Hangwasserlagen auszudehnen. Die Folgen des Klimawandels, wie u.a. die Zunahme von Starkregenereignissen, und die zunehmende Verdichtung und Versiegelung des Bodens machen neue Maßnahmen zum Schutz vor den Auswirkungen dieser Faktoren notwendig. Der **Bau von Regenwasserauffangbecken** und eine stärkere Nutzung von Regenwasser im privaten wie öffentlichen Bereich führen zu einer Reduzierung der Folgen von Starkregenereignissen, zum anderen zur Entlastung des Grundwassers und der Brunnen.

e. Verlässliche Energiepolitik für Rheinland-Pfalz unter Ausbau der dezentralen Energiegewinnung

Wir stehen zum Klimaschutz und zur Reduktion der Förderung fossiler Brennstoffe. Dabei setzen wir auf Innovationskraft und technischen Fortschritt, nicht auf Verbote. Wir werden nicht zulassen, dass die hohe Zustimmung für den Klimaschutz durch eine Verknüpfung mit einer ideologischen Systemfrage, wie sie von den Grünen vorgenommen wird, zerstört wird. Klimaschutz darf nicht zu machtpolitischen Zwecken missbraucht werden. Außerdem müssen die **Versorgungssicherheit und bezahlbare Strompreise** zu jedem Zeitpunkt sichergestellt werden. Deswegen wollen wir die Bürger und die Kommunen zu aktiven Akteuren bei dieser Entwicklung machen. Wir stehen für eine dezentrale Energieerzeugung, an deren Wertschöpfung die Kommunen in Rheinland-Pfalz und die Bürger vor Ort teilhaben.

Die Sicherheit der leitungsgebundenen Versorgung mit Elektrizität und Wärme ist ein zentrales Ziel. Weiterhin sind ausreichende Erzeugungskapazitäten zur Deckung des prognostizierten Energiekonsums notwendig. Ausschlaggebend sind belastbare

Netzstabilität-Regelungsmechanismen, die auch dann die Versorgungssicherheit gewährleisten, wenn sich Einspeisungen und Entnahmen im Netz nicht die Waage halten. Hierfür ist ein Ausbau des Netzes zwingend notwendig. Zudem müssen die Netze hinreichend gegen Eingriffe Dritter abgesichert sein. Eine angemessene **Dezentralisierung der Energiegewinnung** dient ebenfalls der Versorgungssicherheit. Nicht zu vergessen: Energiesparen ist eine der effektivsten Methoden bei der Lösung des Energieproblems. Es mindert den Ressourcenverbrauch.

Wir FREIE WÄHLER fordern, insbesondere die Forschung und Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien und ihrer Speicherung ambitioniert zu unterstützen. **Wasserstoff** und synthetische Kraftstoffe sollen in der Wirtschaft die fossilen Energien ersetzen. Wir FREIE WÄHLER wollen Bürger und Kommunen dabei einbinden, damit die Energieerzeugung ein lokaler Wirtschaftsfaktor wird. Die Kommunen sollen in diese Debatte durchgehend mit einbezogen werden. Planung und Umsetzung der Energiewende dürfen nicht über die Köpfe der Bürger hinweg erfolgen. Wir FREIE WÄHLER erachten eine Dezentralisierung der Energiegewinnung für wichtig. Sie vermeidet Leistungsverluste, schafft regionale Arbeitsplätze und bietet Kommunen eine Chance, durch regionale Energieversorger an der Wertschöpfung teilzuhaben. Dennoch sollen **Windkraft- und Photovoltaikanlagen** an geeigneten Standorten konzentriert werden, um ein weiteres Zerreißen gewohnter Landschaftsbilder zu vermeiden. Wir FREIE WÄHLER treten für effiziente Maßnahmen zur **Energieeinsparung** und die **Stärkung von Bürgergenossenschaftsmodellen** in der Energieerzeugung ein. Die verbrauchsnahe Erzeugung soll durch einen sinnvollen Energiemix gestaltet werden. In diesem Zusammenhang gewinnen die Wasserstofftechnologie und die Kernfusionstechnologie, die über viele Jahre sträflich vernachlässigt wurden, besondere Bedeutung. Im Gegensatz dazu darf Fracking, die extrem umweltschädliche und in ihren Auswirkungen nicht einzuschätzende Methode der Förderung von Erdgas, anders als z.B. in den USA bei uns keinen Raum erhalten.

Wir FREIE WÄHLER befürworten auf der kommunalen Ebene

- ein Förderprogramm für die energetische Sanierung von Wohnraum für Studenten und Auszubildende um diese nicht durch Mietpreissteigerungen aus den Städten zu verdrängen.
- keine unverhältnismäßigen Belastungen durch Sanierungsauflagen; Verdrängung aus dem Wohnumfeld darf nicht stattfinden, die von der EU und der aktuellen Bundesregierung beschlossenen Sanierungspflichten und Heizungsbaubestimmungen treffen insbesondere Senioren in unverhältnismäßiger Weise und sind in dieser Form abzulehnen.
- systematische Förderung und Aufbau eines sicheren, dezentralen und auf die Kommunen gestützten Systems zur Versorgung mit Energie durch einen „intelligenten“ Energiemix.
- Förderung von Wasserstofftechnologie sowie der Kernfusionstechnologie.
- Ausbau von erneuerbaren Energien wo dies möglich und sinnvoll ist.
- ein ausnahmsloses Verbot von Fracking.
- eine konsequente Erforschung von umweltfreundlichen Technologien zur Gewinnung von „Windgas“ und „Solargas“ mittels „Power-to-Gas“-Verfahren sowie von künstlich erzeugten Kraftstoffen mittels „Power-to-Liquid“-Technik.
- Entwicklung und Errichtung von Speicherwerken zur Anlage und Sicherung von Reserven.
- keine Einführung eines Solarzwangs, kein Sanierungszwang.
- die Herstellung von Biogas aus Reststoffen.
- die Optimierung der Flächennutzung für Energie und die Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit durch das EEG.
- Ausbau der Stromnetzinfrastuktur.

5. Gesundheit und Soziales

a. Allgemeines

Die jüngste Vergangenheit hat es eindringlich gezeigt: die Anerkennung und Wertschätzung aller Beschäftigten im Gesundheitswesen muss deutlich verbessert werden, insbesondere im finanziellen Bereich. Dies kann jedoch nicht auf kommunaler Ebene geschehen, auch wenn viele Krankenhäuser (noch) von

kommunaler Hand betrieben werden. Hier muss seitens des Landes und des Bundes deutlich nachgebessert werden, vor allem durch finanzielle Unterstützung der Kommunen sowie die **Einrichtung einer Landeskrankenhausesgesellschaft zur Stützung finanziell angeschlagener Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft**. Die Veräußerung des **GKM** an Sana oder andere private Krankenhauskonzerne lehnen wir ab

Darüber hinaus gibt es im Gesundheitswesen zahlreiche Mängel, die es zu beseitigen gilt. Die Sicherstellung einer medizinischen Grundversorgung für alle Bürger ist nicht mehr flächendeckend gegeben, insbesondere was die Versorgung mit Medikamenten betrifft. Die Abhängigkeit von Importen z.B. aus China kann in diesem Bereich langfristig fatale Folgen haben. Die Kommunen können hier nur unterstützend tätig werden, indem sie Gewerbeflächen und (z.B. bei der Gewerbesteuer) attraktive Rahmenbedingungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereitstellen. Die vom Land für viele Kommunen geforderte Erhöhung der Gewerbesteuer um Defizite in den Haushalten auszugleichen steht dem konträr entgegen.

Eine wirklich durchgreifende Verbesserung in Bezug auf die ärztliche Versorgung kann nur gelingen, wenn auf Bundes- bzw. Landesebene die richtigen Stellschrauben gedreht und große Reformen angegangen werden. Die Kommunen (Kreise, Verbands- und Ortsgemeinden) können bis dahin nur mit den Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln arbeiten, die allerdings allzu oft durch die finanzielle Lage der Kommunen gar nicht zur Verfügung stehen.

Wir FREIE WÄHLER befürworten:

- Förder- bzw. Anwerbeprogramme und finanzielle Förderung durch die Kassenärztliche Vereinigung; viele kommunale Vertreter kennen diese Fördermöglichkeiten gar nicht.
- Infoveranstaltungen bzw. Werbung der Kommunen direkt an den Hochschulen.

- Übernahme der Studien-/Ausbildungskosten durch die betreffende Kommune, im Gegenzug die Verpflichtung, sich später als Arzt in der Kommune niederzulassen.
- die Kommune stellt Räumlichkeiten zur Verfügung bzw. beteiligt sich an den Kosten der Praxisausstattung.

b. Erhalt der wohnortnahen Gesundheitsversorgung

Der Ärztemangel muss gestoppt werden. Wir FREIE WÄHLER wollen eine wohnortnahe und flächendeckende Gesundheitsversorgung in ganz Rheinland-Pfalz. Eine Versorgungslücke kann nur in Zusammenarbeit mit freiberuflichen sowie niedergelassenen Haus- und Fachärzten, Apothekern und Therapeuten verhindert werden. Wir FREIE WÄHLER wollen den **Ärztemangel bekämpfen**, indem wir die Arbeitsbedingungen vor Ort verbessern. Durch eine solide und verlässliche Finanzierung wollen wir den Erhalt und Ausbau kommunaler Krankenhäuser sichern und die Vielfalt öffentlich-rechtlicher, privater und gemeinnütziger Träger bewahren. Nur so wird gesichert, dass Krankenhäuser in wohnortnaher Entfernung bestehen bleiben. Es darf kein Krankenhaus aus finanziellen Gründen geschlossen werden. Wir FREIE WÄHLER fordern zudem eine angemessene Finanzierung und unbürokratische Zulassung von Notärzten. Das Land braucht eine flächendeckende und **funktionierende Notarztversorgung**. Lücken in dieser Versorgung gefährden Leben. Die Bevölkerung muss darauf vertrauen können, dass ein Notarzt zur Stelle ist, wenn er gebraucht wird. Umgekehrt muss sich der Notarzt auf seine Honorierung verlassen können.

Um dem Ärztemangel entgegenzuwirken, müssen wir engagierte junge Menschen für den Arztberuf interessieren und ausbilden. Es muss gelingen, die Bewerberauswahl derart durchzuführen, dass gerade diejenigen einen Studienplatz erhalten, die sich später als Arzt niederlassen und nicht in die Forschung oder zur Pharmaindustrie gehen wollen. Das bedeutet, dass Kriterien wie eine abgeschlossene Berufsausbildung, beispielsweise als Krankenschwester oder Rettungssanitäter, stärker ins Gewicht fallen müssen. Wenn die Anzahl der Studienabsolventen, die Arzt werden, steigt, nimmt auch die Chance zu, dass sie sich in ausreichender Zahl im ländlichen Raum niederlassen. Darüber hinaus wollen wir

weitere Studienplätze für Medizin schaffen. Das **Studium der Medizin** muss auch in Koblenz möglich sein.

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, muss über den Ausbau finanzieller Anreize für die Niederlassung von Ärzten nachgedacht werden. **Medizinische Versorgungszentren** sollen gefördert und auch in kommunaler Hand geführt werden. Ebenso muss der Berufsstand der **Hebammen** besser gefördert sowie Hebammenzentralen an (Kreis-) Krankenhäuser angegliedert werden.

Im Bereich der Pflege gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Jeder soll die Möglichkeit haben, möglichst lange selbstbestimmt im eigenen Haushalt zu leben. Dafür muss es ausreichend ambulante Dienste und Hilfen geben. Für alle, die nicht mehr zu Hause bleiben können oder möchten brauchen wir ein Netz aus kleinen und heimatnahen Pflegeeinrichtungen.

Wir FREIE WÄHLER fordern

- Anerkennung und Wertschätzung aller Beschäftigten im Gesundheitswesen und deren ordentliche Bezahlung.
- keine weiteren Schließungen von Krankenhäusern.
- Förderung medizinischer Versorgungszentren und Hebammenzentralen.
- medizinische Grundversorgung für alle Bürger.
- „ambulant vor stationär“ im Pflegebereich.
- Aufbau eines Netzes von kleinen und heimatnahen Pflegeeinrichtungen.
- Sicherstellung der Versorgung mit Medikamenten.
- Gründung einer Landeskrankenhausesgesellschaft.

c. Optimierung der häuslichen Pflege

In Rheinland-Pfalz gibt es mit dem Instrument der **Gemeindeschwester plus** einen ersten Einstieg in ein Beratungsangebot zum Thema Pflege. Dieser ist aber bei weitem nicht ausreichend. Dieses Thema wird auch wegen der demografischen Entwicklung in der Zukunft deutlich mehr Bedeutung erhalten. Es gilt, hier mehr Struktur und Übersicht zu erreichen, damit das Beratungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger verständlicher und damit auch erreichbarer wird. Zu diesem Zweck sollten die **Pflegestützpunkte** dazu befähigt werden, Ratsuchende bei der Beantragung

eines Pflegegrades, der Bewilligung und auch bei der Beantragung einer Höherstufung zu begleiten und beraten. Dazu gehört auch, dass die Begutachtung durch den Medizinischen Dienst durch den Pflegestützpunkt begleitet wird, um so auftretende Fragen und Unsicherheiten sofort beseitigen zu können.

Das Miteinander und das Füreinander in Koblenz ist seit Generationen stark ausgeprägt. Die Sozialverbände stärken das System an Rhein und Mosel. Es ist darauf zu achten, dass die Angebote bedarfsorientiert sind und erhalten bleiben. Eine kritische Überprüfung landes- und bundesgesetzlicher Vorgaben sollte erfolgen. Dazu zählen insbesondere auch die Angebote der Gemeindegewerkschaft Plus und Pflegestützpunkte. Es sollte Beteiligungsmöglichkeiten für alle Generationen geben.

6. Kommunale Finanzen

a. Gesunde Finanzen für die Kommunen in Rheinland-Pfalz

Gesunde Finanzen, insbesondere der Kommunen, sind Grundvoraussetzung für eine zukunftsorientierte Politik. Ohne eine ausreichende finanzielle Ausstattung sind die Kommunen nicht in der Lage, die aufgebaute Infrastruktur und damit die geschaffene Lebensqualität dauerhaft zu erhalten. Nach einer neueren Statistik der Bertelsmann-Stiftung sind 11 der 20 am höchsten verschuldeten Kommunen in der Bundesrepublik in Rheinland-Pfalz zu finden. Vor zehn Jahren waren es 7. Während andere Bundesländer ihren Kommunen wirksam unter die Arme greifen, versucht die aktuelle rheinlandpfälzische Landesregierung, die Landesfinanzen auf Kosten der Kommunen zu konsolidieren. In der Folge werden die Spielräume der Kommunen für eigene Investitionen und Gestaltungen zunehmend eingeschränkt. Immer mehr Aufgaben von Bund und Land werden ohne entsprechende Finanzierung auf die Kommunen übertragen. Auch die steigenden Kosten im gesamten Sozialbereich treffen die Kommunen in voller Härte und ohne die Möglichkeit, sich zu entlasten. Dadurch nimmt die kommunale Finanzlage immer bedrohlichere Ausmaße an - trotz harter Sparkurse der Verwaltungen: Gebühren werden erhöht, Theater und Schwimmbäder geschlossen, kommunales Eigentum veräußert, freiwillige

Leistungen eingefroren und es fehlt das Geld für dringend notwendige Klima- und Umweltschutzmaßnahmen.

Diese verfehlte Politik bekommt der einzelne Bürger über Leistungseinschränkungen und Beitragserhöhungen zunehmend zu spüren. Wir FREIE WÄHLER wollen mit unserer aktuellen Arbeit im Landtag dafür sorgen, dass diese Politik beendet wird, um den einzelnen Kommunen wieder **mehr finanzielle Handlungsspielräume** zu verschaffen. Dazu würden folgende Maßnahmen beitragen:

- die strenge Einhaltung des Konnexitätsprinzips auf allen staatlichen Ebenen: Bund und Länder dürfen keine Normen setzen, welche die Kommunen zu höheren Ausgaben zwingen, wenn sie diese Zusatzausgaben nicht angemessen ersetzen.
- die Übernahme der künftigen Kostensteigerungen bei den kommunalen Anteilen für Kitas, Schulen und Straßen durch das Land.
- die Entlastung der Städte und Gemeinden durch eine faire Verteilung der Sozialkosten auf Bund, Länder und Kommunen.
- die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Rheinland-Pfalz sowie eine Übernahme der Kosten durch das Land nach dem bayerischen Modell.
- die Ablösung der kommunalen Altschulden (und nicht nur wie aktuell der bestehenden Kassenkredite) durch Bund und Land.

Eine Änderung der derzeitigen Finanzpolitik im Land kann aber nur gelingen, wenn von den Kommunen ein entsprechender **Druck auf die Landesregierung** ausgeübt wird. Um das zu erreichen, muss in den Kommunen ein aktives politisches Gegengewicht zur aktuellen Landesregierung entstehen. Für dieses Gegengewicht stehen in den Kommunen die FREIEN WÄHLER.

7. Mittelständische Wirtschaft und Bauwesen

a. Freie Marktwirtschaft

Die FREIE WÄHLER bekennen sich zur **sozialen Marktwirtschaft** als einziges System, dass sich zur Mehrung des Wohlstandes und der individuellen Freiheit

historisch bewährt hat. Eine Überregulierung und dadurch Lähmung der Wirtschaft lehnen wir ab. Bürokratie und Regulierungen dürfen kein Selbstzweck sein, sondern nur Mittel zur Schaffung idealer Rahmenbedingungen für die Marktwirtschaft. Ziel unserer Politik muss der Abbau von unnötigen Regulierungen und überbordender Bürokratie sein, die einen Großteil der Produktivität hemmt und somit das Wohlstandsversprechen für alle bremst.

Ein wichtiger Aspekt unserer Wirtschaftspolitik ist **der Erhalt und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen und mittelständischen Wirtschaft.**

Gerade für den Mittelstand ist eine gerechte Steuerpolitik notwendig, da dieser im Gegensatz zu größeren international agierenden Firmen keine Möglichkeit hat die heimische Steuerlast durch Verlegung des Firmensitzes zu umgehen. Deutschland muss dem internationalen Trend von sinkenden Steuern folgen und auf landes- und kommunaler Ebene mit der **Senkung der Gewerbesteuer** voran gehen, Leistung darf nicht bestraft werden. Ein Ausgleich dieses Wegfalls kann die Kommunen über den Landeshaushalt entlasten. Denn für die FREIEN WÄHLER gilt der Grundsatz der Subsidiarität als wichtiger Pfeiler in unserem Land. Steuergeld sollte vor allem vor Ort eingesetzt werden, wo es benötigt wird und es sollte mehr Geld vom Landeshaushalt zu den Kommunen gelangen.

Auch im privaten Bereich sollte das Land mit **Steuerentlastungen** voran gehen. Die **Grunderwerbsteuer** für selbstgenutztes Wohneigentum sollte deutlich gesenkt oder gänzlich abgeschafft werden, um so die private Altersvorsorge der Menschen zu fördern.

b. Wirtschafts- und Tourismusstandort Koblenz

Koblenz ist die Wirtschaftsmetropole am Mittelrhein. Viele bedeutende Arbeitsplätze sind rund um das Deutsche Eck zu finden. Wir FREIE WÄHLER wollen den **Wirtschaftsstandort Koblenz** ausbauen und fordern eine **aktive Wirtschaftsförderung.**

Die **Start-Up-Szene** ist in Koblenz stark entwickelt. Gleichwohl müssen wir gut funktionierenden Start Ups in Koblenz eine Perspektive geben. Die Zusammenarbeit

zwischen Wirtschaft, Hochschulen und Universität muss gerade mit Blick auf Ausgründungen aus der Wissenschaft gestärkt werden. Hierzu zählt auch ein Vernetzen der Akteure auf allen Ebenen, hier hat die Stadtverwaltung eine besondere Position.

Der **Einzelhandel** ist in Koblenz noch ein wichtiger Faktor im Wirtschaftsleben. FREIE WÄHLER wollen auch in Zukunft Einkauf und Erlebnis verbunden wissen und fordern ein stärkeres Stadtmarketing und ein verzahntes Handeln aller Akteure, auch auf Verwaltungsseite. Kreativität und Engagement des Einzelhandels müssen gefördert und dürfen nicht behindert werden. Die Gestaltungsrichtlinie ist umgehend zu überarbeiten.

Für einen starken Wirtschaftsstandort ist die Erreichbarkeit das A und O. Einkäufer, Kunden, Klienten, Pendler, sie alle müssen auf allen Wegen die Stadt bequem und einfach erreichen können. Daher sprechen wir uns für einen **Erhalt der wichtigen Zufahrtsstraßen** aus. Wir wollen Individualverkehr und ÖPNV/SPNV, sowie Rad- und Fußverkehr miteinander denken und nicht gegeneinander ausspielen. Daher lehnen wir Fahrradstraßen wie die **Casinostraße** ab, fordern aber sichere Markierungen etwa im Saarplatzkreisel. Die aktuelle Radwegeplanung muss einer Überprüfung unterzogen werden und mit den Kriterien des gesunden Menschenverstandes überprüft werden. Die Nord-Süd-Achse ist falsch gedacht und muss neu geplant werden.

Zum Wirtschaftsstandort Koblenz trägt der **Tourismus** einen bedeutenden Beitrag bei. Sowohl das Kongresswesen, als auch der Tourismus sind von wachsender Bedeutung. Daher wollen wir FREIE WÄHLER auch weiterhin ein intelligentes und modernes Tourismusmarketing. Dieses sollte aber auch verwaltungsintern neu gedacht werden und somit Synergien geborgen werden. Denn Marketing ist mehr als bunte Bilder.

Wir FREIE WÄHLER sprechen uns für den Erhalt der Seilbahn aus. Wir sehen in ihrer einen entscheidenden Beitrag, das UNESCO Welterbe Oberes Mittelrheintal zu vermarkten und es erlebbar zu machen. So wie es die UNESCO-Statuen es auch vorschreiben.

Um sich in Koblenz besser zurecht zu finden, muss das touristische Leitsystem überarbeitet werden und mit neuen Ideen vernetzt sein.

Das Übernachten in Koblenz muss klarer geregelt werden. Ein **Wildwuchs an Ferienwohnungen** gegenüber Mietwohnungen insbesondere in der Alt- und Innenstadt muss durch geeignete Maßnahmen eingedämmt werden.

Auch die **Bundeswehr** hat eine starke Bedeutung für Koblenz. „**Mein Nachbar ist Kamerad und Freund.**“ Auch in Zukunft muss Koblenz der größte Garnisonsstandort in Deutschland bleiben. Die Bundeswehr ist bedeutender Arbeitgeber für Soldaten wie auch Zivilbeschäftigte. Das **Bundeswehrzentral Krankenhaus** in Metternich erhält durch den umfangreichen Neubau eine nachhaltige Standortstärkung. Die Stadt und die Bundeswehr sollen gemeinsam für unsere „Parlaments-Armee“ in Koblenz werben und die Verdienste unserer Soldaten würdigen. Denn unsere **Soldaten sind Bürger in Uniform.**

c. Handwerk und Bauwirtschaft

Im Bereich des Handwerks und der Bauwirtschaft gilt es den Fachkräftemangel zu bekämpfen und die Ausbildungsberufe für Handwerker attraktiver zu gestalten. Dies ist eine der zentralen Aufgaben für die Zukunftsfähigkeit der Bauwirtschaft. Steigende Baupreise resultieren aus vielen Faktoren, der Fachkräftemangel ist einer davon.

Auch für die Entlastung der Bauwirtschaft und die Schaffung neuen Wohnraums ist eine **Deregulierung der Bauwirtschaft** und Rücknahme überflüssiger Gesetze und Normen zu veranlassen. Schätzungen gehen davon aus, dass derzeit ca. 20.000 Bauvorschriften und Normen das Bauen regulieren. So z.B. regeln die DIN-Normen (die Normen, die die deutsche Industrie (!) vorgibt) nahezu jeden Arbeitsschritt und jedes Bauteil bis zur letzten Schraube. Auch vor Einführung und der regelmäßigen Verschärfung dieser Normen war es in Deutschland möglich funktionierende Gebäude zu errichten. Diese **Überregulierung muss abgeschafft werden**, da auch diese 20.000 Bauvorschriften das Bauen für den normal verdienenden Bürger unerschwinglich machen.

Auch im Rahmen der Genehmigungsverfahren muss es zu einem **Umdenken in den Behörden** kommen. Die Bauämter und Fachbehörden (z.B. Forstämter,

Gewerbeamt etc.) dürfen keine Verhinderungsbehörde sein, die **Prüfungen der Anträge müssen verkürzt und vereinfacht werden**. Die Beamten müssen sich als Dienstleister und nicht als Dienstherr der Bürger verstehen.

Die Verwaltung muss weiter zu einer **bürgerfreundlichen Dienstleistungseinheit** umgebaut werden. Dazu zählt auch die Information zu Projekten der Stadt. Die **Digitalisierung** und der Ausbau digitaler Dienstleistungen hat für uns Priorität.

Auch die Aufstellung neuer Bebauungspläne in den Kommunen muss in seiner Detailtiefe begrenzt werden. Es ist nicht nachzuvollziehen, weshalb ein Bebauungsplan mehr als 50 Seiten umfassen muss und sogar die Farbe der Fensterrahmen regelt, wo dies doch früher auch ohne diese Festsetzungen zu keinen Problemen beim Bauen geführt hat.

Gleichwohl wollen FREIE WÄHLER Familien **den Traum von den eigenen vier Wänden** ermöglichen und fordern die Ausweisung von Baugebieten gerade für junge Familien mit Kindern.

Wir FREIE WÄHLER fordern:

- Soziale und freie Marktwirtschaft statt Überregulierung.
- Senkung der Gewerbesteuer und Ausgleich für die Kommunen durch das Land.
- Senkung der Grunderwerbsteuer.
- Bekämpfung des Fachkräftemangels.
- Deutlich kürzere Genehmigungsverfahren und Verringerung der Festsetzungstiefe z.B. bei Bebauungsplänen.

8. Stadtentwicklung und Verkehr

Das Schaffen von **bezahlbarem Wohnraum** ist in diesen Zeiten immer schwieriger. Die Stadt Koblenz muss über eine Änderung des Flächennutzungsplanes und dortige Ausweisung von zusätzlichen Wohngebieten die Angebote schaffen, um die hohe Nachfrage zu decken. **Wir FREIE WÄHLER wollen den Wunsch vom Eigenheim für Koblenzer erfüllt wissen.**

Gleichwohl setzen wir auf Innenentwicklung- vor Außenentwicklung: Die Innenstadt als Wohnstadt muss durch aktive Wirtschaftsförderung ermöglicht werden. Leerstehende Büroflächen müssen in barrierearme Wohnflächen umgewandelt werden. So schaffen wir den Generationenwechsel in Wohngebieten. Eine Fehlbelegungsabgabe und die **Limitierung von Ferienwohnungen** in der Alt- und Innenstadt sollen Bemühungen für mehr bezahlbares Wohnen unterstützen.

Die Vision einer **Markthalle für Koblenz** wollen wir umsetzen. Ein zentraler Ort der Begegnung mit einem funktionierenden Wochenmarkt im Herzen der Altstadt fehlt. Wir wollen daran mitwirken, dass die Marktsatzung lebendige Wochenmärkte zulässt. Dazu muss die Landespolitik Möglichkeiten schaffen.

Die Stadt muss für ein Einkaufs- und Erlebnisstadt stehen, um im Wettbewerb der Städte und Regionen zu bestehen.

Koblenz ist eine Einpendlerstadt. Nicht alle die in Koblenz arbeiten können mit Bus oder Bahn die Stadt erreichen. Daher ist die Stadt auch in der Pflicht für einen reibungslosen Verkehrsfluss in Koblenz zu sorgen. Zusätzliche Restriktionen lehnen wir ab. Tempo 30-Zonen nur dort, wo sie sinnvoll sind. Das **Peter-Altmeier-Ufer** als wichtige Verkehrsachse muss geöffnet bleiben, ebenso auch die „**Obere Löhr**“ zwischen Friedrich-Ebert-Ring und Rizzastraße.

Weitere Schienenhaltepunkte sind für FREIE WÄHLER ein Ziel von moderner Stadtentwicklung. Das Verwaltungszentrum mit dem Schienenhaltepunkt Goldgrube/Raumental, ebenso wie die **Öffnung des Tunnels** zwischen Moselweiß und Beatusstraße sind konkrete Ziele künftiger Stadtentwicklungspolitik für Koblenz.

Die bestehenden Schienenhaltepunkte der Bahnhöfe Koblenz-Lützel und Koblenz-Güls müssen barrierefrei ausgebaut werden. Hierzu sollen alle Möglichkeiten geprüft werden. Der Bahnhof Koblenz-Lützel muss auch im Ortskern Lützel besser ausgeschildert und mit den Bushaltestellen "Balduinbrücke" und "Bahnhof Lützel/Schüllerplatz" vernetzt werden.

Die Entlastung der rechten Rheinseite, insbesondere der Höhenstadtteile, ist für uns von großer Bedeutung. Gerade auch mit Blick auf die Entwicklung der „**Fritsch-**

Kaserne“ müssen der zu erwartender Verkehr richtig geführt werden, um Nadelöhre in Niederberg und Ehrenbreitstein zu verhindern.

Koblenz hat schon viel zur **Verbesserung des Radverkehrs** erreicht. Die Radwege müssen mit den vorgegebenen Straßen in Einklang gebracht werden. Das Radkonzept der Stadt muss überprüft werden. Dort wo bereits Radwege bestehen, muss Klarheit geschaffen werden, um zu mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer zu erreichen.

Sicherheit schaffen durch Beleuchtung: FREIE WÄHLER wollen für Fußgänger und Radfahrer mehr **Sicherheit durch Beleuchtung**. Etwa am Lützeler Moselufer unter der Balduinbrücke. Daher fordern FREIE WÄHLER mehr Sicherheit und die Reduzierung von Angsträumen entlang der Flußufer. Etwa auch am Moseluferweg insbesondere zwischen Rohrerhof und Schleuse, aber auch in Güls. Diese Wege sind Arbeitswege, touristisch attraktiv für Radwanderer. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Bürger die Flußuferwege sicher und unbeschwert nutzen können. Daher muss hier mit der Bundeswasserstraßenverwaltung entsprechend verhandelt werden.

Im Koblenzer Stadtteil Lützel erkennen FREIE WÄHLER besonderes Potential für **eine attraktive Stadtteilentwicklung**. Mit der ausgebliebenen Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas wurde eine Chance vertan. Daher werden wir uns für eine weitere Entwicklung von Lützel einsetzen, etwa durch **Konversion der StOV** - Standortverwaltung der Bundeswehr, die leider zu lange brach gelegen ist. Hier kann der neue Stadtpark der Feste Franz, das Festungsbauwerk selbst, mit der StOV zu einem neuen Mittelpunkt werden. Außerdem wollen wir im Ortskern Lützel den Schüllerplatz durch Effektbeleuchtung unter der Balduinbrücke aufwerten, eine bessere Verknüpfung von Bahn und Bus durch entsprechende Beschilderung erreichen.

Für die FREIE WÄHLER ist klar, dass in einem eher ländlich geprägten Bundesland ein flächendeckender kurz getakteter und attraktiver ÖPNV Wunschdenken ist. Auf dem Land ist und bleibt das Auto erstmal das wichtigste Verkehrsmittel. Damit kommen auch die Besucher in die Stadt.

Darum ist es ein richtiger Schritt den ÖPNV in Koblenz zu re-kommunalisieren und ein **attraktives Angebot mit der "koveb"** geschaffen zu haben. FREIE WÄHLER sehen trotz hoher Defizite hierin einen Mehrwert für die Bürger. Gleichwohl muss die Landesregierung die Finanzierung des ÖPNV stärker finanziell unterstützen und endlich Zusagen einhalten.

Deshalb ist eine gut ausgebaute und gut Instand gehaltene Infrastruktur essentiell für die Bürger und für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Ein weiterer Investitionsstau auf Landesebene ist nicht akzeptabel. Eine gesetzliche Pflicht zur Instandhaltung der Straßen ist notwendig um diesem zu begegnen. Die **Straßenausbaubeiträge**, die private Haushalte unverhältnismäßig belasten, sind abzuschaffen.

9. Kinder, Jugend, Familie und Sport

Die FREIEN WÄHLER fordern angesichts niedriger Geburtenraten und der damit einhergehenden, langfristig einschneidenden demographischen Effekte in unserer Gesellschaft eine Stärkung der Familien. Die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf ist ein wichtiger Beitrag zur Förderung von Familien. **Junge Menschen an Rhein und Mosel** benötigen ideale Bedingungen um erfolgreich in das Leben zu starten. Die Eltern stehen in erster Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder. Gleichwohl wollen FREIE WÄHLER das vielfältige altersgerechte Angebot für Kinder und Jugendliche erhalten und weiter ausgebaut wissen. Diesbezügliche gesellschaftliche und staatliche Maßnahmen müssen weit über praktische Fragen der zusätzlichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten hinausgehen, sind aber zumeist nicht auf kommunaler, sondern auf Landes- oder Bundesebene angesiedelt.

Eltern sollen aber auch durch die Kommunen Unterstützung in der Erziehung ihrer Kinder erhalten können, etwa in praktischer und pädagogischer Hinsicht. Selbsthilfe von Eltern durch gegenseitige Hilfe beim Betreuen von Kindern, in Spiel- und Betreuungsgruppen soll konsequent z.B. durch die Bereitstellung entsprechender Räumlichkeiten unterstützt werden.

Im Sinne einer ausgewogenen und bedarfsgerechten Bildungsinfrastruktur ist es uns als FREIE WÄHLER ein Anliegen, dass jedes Kind die Möglichkeit erhält, einen

wohnnahen Kita-Platz zu bekommen. Die Schaffung von adäquaten und erreichbaren Betreuungsmöglichkeiten für unsere Kleinsten ist ein zentraler Baustein einer familienfreundlichen und ausgewogenen Infrastruktur in Koblenz. Wir begleiten die aktuellen Neubauten z.B. in der Goldgrube konstruktiv kritisch. Unsere Zielsetzung ist es, die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** durch die Verfügbarkeit hochwertiger Betreuungseinrichtungen aktiv zu unterstützen. Hierbei sollen auch die Öffnungszeiten bedarfsgerecht ausgebaut werden. Darüber hinaus werden die FREIE WÄHLER den **Ausbau der Ganztagsplätze an Grundschulen** in Koblenz konstruktiv kritisch begleiten. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Ausbau nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ den Bedürfnissen und Ansprüchen der Kinder sowie deren Eltern gerecht wird. Das aktuelle Ganztagschulkonzept muss in Koblenz schneller umgesetzt werden.

Es müssen auf der kommunalen Ebene pädagogisch sinnvolle Spielplätze, Aktionsräume und Aufenthaltsräume für alle Altersgruppen unter Einbeziehung von Elterninitiativen, Pädagogen, Kirchen und Vereinen geschaffen werden. **Spielplätze** müssen bedarfsgerecht und altersangepasst in den Stadtteilen ausgebaut werden. Hierzu zählt auch die Beschattung der Spielflächen und auch die Kontrolle zum Schutz der Kinder und Jugendlichen. Einrichtungen für Kinder und Jugendliche müssen auskömmlich finanziert werden. Wir lehnen die Schließung von **Jugendtreffs** ab und sprechen uns für den Erhalt des **Haus Metternich als Ort der Begegnung** aus. Sie dürfen aber keine Stätten der politischen Indoktrinierung sein.

Unsere jüngeren Generationen sind in ein kommunales System hineingeboren, das von den älteren Generationen geschaffen und gestaltet wurde. Die Errungenschaften dieses Systems müssen sie auch erhalten und gestalten können. Wir brauchen ihre Leidenschaft und ihren Einsatz, um die Zukunft unserer Kommunen zu sichern. Denn wir wollen, dass die Kinder und Jugendlichen von heute die engagierten und mündigen Bürger von morgen werden. Sie sollen die Lebenswelt weiter gestalten, die ihre Eltern aufgebaut haben. Wir FREIE WÄHLER wollen die **kommunale Jugendpolitik stärken** und den Dialog zwischen der Jugend und der älteren Generation verbessern. Hierüber wollen wir mehr Chancengleichheit für junge Menschen schaffen und die junge Generation ermutigen, sich ehrenamtlich in die

Gesellschaft einzubringen. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, aktiv an den politischen Entscheidungen in ihrer Kommunen teilzunehmen und diese mit zu beeinflussen. Möglichkeiten hierfür gibt es viele. Ideal ist ein repräsentativer Anteil der jüngeren Generationen an den kommunalen Räten und Gremien. Der **Koblenzer Jugendrat** hat sich insofern als starke Stimme der jungen Koblenzer etabliert und FREIE WÄHLER nehmen die Arbeit des Jugendrats als konstruktiv-kritische Stimme im Stadtrat und dessen Ausschüssen wohlwollend wahr.

Wir setzen uns in Koblenz für eine Verbesserung der Schulwege unserer Schüler ein. Das Konzept "**Sichere Schulwege**" der Stadt Koblenz muss dringend schneller und besser umgesetzt werden. Es gilt, Angsträume und Gefahrenzonen zu entschärfen. Ein Beispiel hierfür ist die Beleuchtung und regelmäßige Reinigung hinter der Grundschule Metternich Oberdorf oder die Installation von Gelben Füßen zur Grundschule Güls. Unsere Kinder sind unsere Zukunft und es ist daher von höchster Bedeutung, dass sie sicher zur Schule gelangen können. Wir fordern daher die zügige Umsetzung von Maßnahmen, die die Sicherheit auf den Schulwegen erhöhen. Dies beinhaltet unter anderem die Verbesserung der Beleuchtung an kritischen Stellen sowie die regelmäßige Reinigung und Instandhaltung von Gehwegen und Straßen. Es ist wichtig, dass Eltern sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder auf dem Schulweg gut geschützt sind. Wir appellieren daher an die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung, das Konzept "Sichere Schulwege" mit Nachdruck voranzutreiben und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die **Sicherheit unserer Schüler** zu gewährleisten. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass unsere Kinder unbeschwert und sicher zur Schule gelangen können - denn sie sind unsere Zukunft.

Die **Sportstadt Koblenz** muss in Zukunft wieder stärker vermarktet werden. Die Sportvereine auf Spitzenniveau müssen auch durch die Stadt und stadteigene Gesellschaften unterstützt werden. Der Breitensport braucht Sportstätten, die auch zeitgemäß sind. Sanierungs- und Investitionsstaus der verschiedenen Sportstätten müssen behoben werden. Die Stadt soll die Vereine bei der Errichtung eines Zwecksparkollektivs unterstützen. Hierdurch können die Vereine in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht unterstützt werden, das notwendige Eigenkapital bzw. Eigenanteile für förderungswürdige Maßnahmen aufzubauen. Die notwendigen

Investitionen und Ergänzungsbauten (z.B. Erneuerung der Kunstrasenaufgabe oder Kunstrasentrainingsflächen) der Sportvereine würden für alle Beteiligten und auch die Stadt planbarer.

Wir Freie Wähler stehen für:

- Unterstützung von Selbsthilfe z.B. durch Bereitstellung von Räumlichkeiten.
- Qualitativ hochwertigen Ausbau von Kita- und Ganztagschulplätzen.
- Pädagogisch sinnvolle Spielplätze und Aktions- bzw. Aufenthaltsräume für alle Altersgruppen.
- Stärkung der kommunalen Jugendpolitik.
- Einrichtung von Jugendparlamenten oder Jugendbeiräten.
- Erhalt und Ausbau der Sportstätten.

10. Leben im Alter

In den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren wird die Anzahl der Bevölkerungsgruppe 65+ konstant steigen und einen signifikanten Teil der Gesellschaft ausmachen. Der Zusammenhalt dieser Gesellschaft ist wesentlich von der Verbindung innerhalb der Generationen sowie der Generationen untereinander abhängig. Aufgabe der Politik ist es, gute Bedingungen für solche Verbindungen herzustellen. Es gilt also schon jetzt die anstehenden demografischen Entwicklungen kommunalpolitisch im Fokus zu haben. Hierbei sind besonders der große Erfahrungsschatz und die Lebenserfahrung der Senioren als Chance hervorzuheben. Mit dem Renteneintritt wünschen sich viele Menschen nochmal etwas an die Gesellschaft zurückzugeben und sich im kommunalen Umfeld einzubringen. Wir möchten daher die **generationenübergreifende Vernetzung** forcieren und dem Wunsch unserer Senioren aktiv nachkommen. Unser Ziel ist es älteren Menschen die Möglichkeit zu bieten in ihrer vertrauten Umgebung so lange wie möglich unabhängig zu leben.

Neben der Schaffung von Begegnungsstätten und Kommunikationsflächen ist die Einrichtung von **Mehrgenerationenhäusern** ein wichtiger Baustein. Darüber hinaus muss der demografischen Entwicklung Rechnung getragen werden, indem für die ältere Generation mehr Möglichkeiten der aktiven Teilhabe geschaffen werden. Bei

der Suche nach neuen Aufgaben und Beschäftigungen sowie bei der Weitergabe von Erfahrung und Wissen muss intensiver unterstützt werden. Auch die Förderung einer Verflechtung von Schulen untereinander und von Schulen und Kitas auf der einen und Senioreneinrichtungen auf der anderen Seite gewinnt an Bedeutung.

Der **Erhalt von Bargeld** als Zahlungsmittel ist Teil unseres Programms. Hier sehen wir es als Teil der sozialen Gerechtigkeit die lokale Bankinfrastruktur zu erhalten. Der persönliche Kontakt in der Bank ist Bestandteil des sozialen Geflechts für ältere Menschen und soll Ihnen das eigenständige Führen ihrer Bankgeschäfte ermöglichen, ohne auf Hilfe jüngerer Angehöriger angewiesen sein zu müssen.

Ein engmaschiges Netz an vor allem hausärztlicher Versorgung ist besonders im Alter von großer Relevanz. Regelmäßige Gesundheitschecks und Kontrolluntersuchungen müssen für Senioren ohne große logistische Barrieren eigenständig wahrnehmbar sein. Mit der zunehmenden Verrentung der niedergelassenen Ärzte sehen wir hier dringend Handlungsbedarf.

Nicht nur im Heim darf es die Chance auf moderne Pflege geben. Durch Förderung von familiärem Engagement, ehrenamtlichen Kräften und kommunalen Strukturen sollen barrierefreie Wohnkonzepte entwickelt werden. Oberstes Ziel ist es, dass Senioren so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben können.

Wir FREIE WÄHLER befürworten:

- Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern sowie Erweiterung des Angebotes an Begegnungsstätten und Kommunikationsflächen.
- Verflechtung von Schulen und Senioreneinrichtungen.
- Erhalt von Infrastrukturen wie z.B. Banken als Bestandteil des sozialen Umfeldes von Senioren.
- Förderung von familiärer Pflege bzw. Pflege zu Hause.

11. Soziale Gerechtigkeit

a. Soziale Gerechtigkeit ist kein Privileg, sondern staatliche Pflicht

Die Gesellschaft besteht aus Einzelnen und ihr kann es nur gut gehen, wenn es jedem Einzelnen gut geht. Gerade in einem so wohlhabenden Land, wie dem

unseren, haben Armut, finanzielle Sorgen und soziale Angst keinen Platz. Für uns FREIE Wähler ist jeder seines eigenes Glückes Schmied und der **Respekt vor dem Individuum** umfasst gerade auch **den Respekt vor Ehrlichkeit, Fleiß und harter Arbeit**.

Morgens aufstehen, die Familie und sich selbst zu versorgen und seinen Arbeitstag zu bewältigen ist nicht nur das täglich wiederkehrende Hamsterrad, sondern vielmehr ein Versprechen sich Wohlstand zu erarbeiten, sein Leben zu verbessern und finanziell aufsteigen zu können. Der Lohn der eigenen Arbeit, der investierten Lebenszeit hat einen unvorstellbaren Wert für den einzelnen. Daher bleiben das alte Lied und das soziale Versprechen: „**Arbeit muss sich wieder lohnen**“ bestehen und eine feste staatliche Verpflichtung.

Wer Vollzeit arbeitet, muss genug verdienen, um ohne staatliche Hilfen leben zu können. Eine **faire Entlohnung** und gerechte Steuer- sowie kommunale Preispolitik sorgt für die notwendigen Leistungsanreize. Doch die damit verbundene Bürokratie ist gerade für den Mittelstand überbordend. Für den Erhalt von Wohlstand und Arbeitsplätzen in Deutschland treten wir für eine Beschäftigungspolitik ein, die an jedem einzelnen Standort in Deutschland und Rheinland-Pfalz die Möglichkeit bieten soll ein angemessenes Leben und entsprechenden Lebensstandard zu erreichen und Aufstieg ermöglicht.

Die **regionale Wertschöpfung** in Deutschland muss wieder fair verteilt werden. Arbeit muss sich nicht nur wieder lohnen, sondern sie muss auch dazu dienen, dass man heute und in Zukunft gut davon leben kann. Deutschland ist vom „kranken Mann“ Europas zu einem Land geworden, das eine hohe Wertschöpfung vorzuweisen hat. Die immer stärkere Entwicklung hin zu einem Billiglohnland sehen wir mit Besorgnis, da diese zu weiteren sozialen Spannungen führt. Immer mehr Menschen werden durch diese Entwicklung abgehängt. Dies gefährdet auf lange Sicht den sozialen Frieden in unserem Land. Hier gilt es, gegenzusteuern und die Verteilung der Wertschöpfung gerechter zu gestalten.

b. Soziale Teilhabe vor Ort gewährleisten

Wir FREIE WÄHLER werden den Kampf für den Respekt gegenüber dem Einzelnen und seiner Lebensleistung nicht aufgeben. Hierzu zählen auch die **Sicherung der sozialen Teilhabe** vor Ort und in der eigenen Heimatregion. Was ist gerecht daran, wenn Kinder nicht schwimmen lernen können, weil die Region kein nahes Schwimmbad besitzt oder dieses durch private Träger unerschwinglich teuer wird. Wem ist damit gedient, wenn Kinder Musik und Instrumente nur noch durch Apps digital nutzen, da die eigene Kommune die Musikschule aus Kostendruck geschlossen hat. Wem ist vor Ort gedient, wenn kommunale, städtische oder regionale Gebäude nur noch gegen hohe Kosten gemietet werden können und Vereine, Gruppen oder Freundeskreise keine gemeinsamen Orte mehr finden? Wo und wie soll sich so regionale und gemeindliche Teilhabe entwickeln? Wir FREIEN WÄHLER wollen ein lebenswertes, soziales und gemeinschaftliches Leben vor Ort ermöglichen. Denn das Leben spielt sich vor Ort ab.

Die Berücksichtigung der Koblenzerinnen ist auch eine Aufgabe der Stadtpolitik. Wir wollen darauf hinwirken, dass sexistische Werbung im Stadtgebiet keine Möglichkeiten hat. Die Benennung von Straßen und Plätzen nach **verdienten Frauen** soll in Zukunft Vorrang haben. Die Landesaufgabe zur Schaffung von Plätzen in Frauenhäusern ist einzufordern, der Bedarf in Koblenz zu decken. Zudem soll der **Frauen-Notruf** eine stärkere Unterstützung erhalten.

c. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen ist nach wie vor groß. Im europäischen Vergleich sind wir Schlusslicht und die Große Koalition hat hier zu wenig getan. Das neue Entgeltgleichheitsgesetz ist ein fauler Kompromiss, der für die meisten Frauen keine Verbesserung herbeiführen wird. Das wollen wir ändern.

d. Arbeitsplätze für Hochqualifizierte schaffen und sichern

Der Innovationsstandort Deutschland bietet beste Voraussetzungen für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen für Hochqualifizierte. Dies ist die Bedingung für unseren Wohlstand und die Zukunft unseres Landes. Wir stehen deshalb für eine

Politik, die den Standort Deutschland für in- wie ausländische Unternehmen attraktiv hält und durch gute Bildung die klugen Köpfe von morgen hervorbringt. Das Abitur wird mittlerweile vielfach als „Mindestabschluss“ einer schulischen Qualifikation angesehen. Daraus resultiert bei Jugendlichen der Trugschluss, dass nur das Abitur optimal auf eine erfolgreiche Berufstätigkeit vorbereitet. Des Weiteren wird das Bild vermittelt, dass Akademiker mehr verdienen als Nichtakademiker, dass das Arbeitslosigkeitsrisiko geringer ist und dass Menschen mit Hochschulabschluss schlicht die besseren Jobs haben. Dieses Bild wollen wir ändern. Zu Beginn der Corona-Pandemie Anfang April 2020 fehlten doppelt so viele Facharbeiter in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) wie MINT-Akademiker. Die Momentaufnahme darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Fachkräftemangel ein ernstes Problem darstellt. Um die Herausforderungen, wie den Klimawandel oder den Strukturwandel der Industrie, bewältigen zu können, sind gerade MINT-Qualifikationen gefragt.

e. Arbeit vor Ort – Flexibilisierung der Arbeit

Wer sich ein Leben aufbaut, Wurzeln schlägt und Teil einer Gemeinschaft ist, verdient es sein Leben seinem Ort anzupassen und nicht der Arbeit. Viele ländliche Gebiete, Regionen außerhalb der Ballungsgebiete, sind zwar attraktiv, bieten jedoch oft nicht ausreichend berufliche Perspektiven und Angebote. Jede Region verdient jedoch auch berufliche Möglichkeiten. Wir FREIE WÄHLER wollen eine **kommunale wirtschaftliche Entwicklungspolitik**, die Arbeitsplätze auch in die Regionen führt und nicht aus diesen verdrängt. Hier ist gerade die regionale Politik gefordert Anreize zu setzen, Infrastruktur zu schaffen und Arbeitsplätze zu fördern.

f. Hilfe leisten und Hilfe zur Selbsthilfe fördern

Wir müssen Weiterbildungsangebote in kleineren Orten fördern und verstärkt anbieten. Die Bildungslandschaften überall leiden unter dem privaten Kostendruck, sodass Weiterbildungen, freiwilliges lebenslanges Lernen für viele vor Ort nicht möglich ist. Wo früher ein weitverbreitetes Netz an Volkshochschulen und anderen Weiterbildungseinrichtungen bestand, fiel dieses dem kommunalen Kostendruck zum

Opfer. Heute muss man meist in die großen Regionen fahren und lange nach dem richtigen Angebot suchen. Hier müssen die Kommunen Lösungen anbieten. Entsprechend sind die kommunalen Förderrichtlinien auf Bedarf und Qualitätsumsetzung zu überprüfen. Gegebenenfalls müssen Leistungen der Jugend- und Altenhilfe neu ausgeschrieben werden, sofern bisherige Träger notwendige Qualitätsstandards auch in Bezug auf heutige Lebenswirklichkeiten nicht erfüllen. Denn Hilfe muss auch ankommen und nicht in Netzwerken und persönlichen Geflechten verschwinden.

g. Wer Hilfe braucht soll diese bekommen

Niemand ist vor harten Situationen gefeit, ob Krankheit, Suchtfall oder finanzielle Not. In einem Sozialstaat haben die Gemeinden und Gemeinschaften sich auch um die sozial Schwächeren zu kümmern und Hilfe zu leisten. Hilfe ist nicht unendlich oder bedingungslos, muss jedoch effizient und bedarfsgerecht gewährleistet werden. Wir fordern die Förderung bei Bedarf von **Suchtpräventionsprojekten** und **Verbesserung der Situation bei den Obdachlosenunterkünften**. Denn wer Hilfe braucht, wer verletzlich ist, braucht einen starken, gerechten und sicheren gesellschaftlichen Arm.

Trotz der großen sozialen Herausforderung müssen wir jedoch auch ehrlich sein und uns als Gesellschaft auch ehrlich machen: Die Kosten für Soziales, Förderungen und gesellschaftliche Solidarität steigen aktuell unaufhörlich und auch diese werden realistisch an ihre Grenzen stoßen. Hier hat politisch auf Ebene des Bundes- und der Landespolitik ein Umdenken stattzufinden. Es kann nicht verteilt werden, was nicht erwirtschaftet wird und jeder Euro, der dem einzelnen Bürger bleibt, ist doppelt so wertvoll, wie die 20 Cent, welche im Zuge der Umverteilungswut mit Glück wieder an ihn zurückfließen. Sozialpolitik muss vernünftig, muss realistisch und ehrlich betrieben werden und nicht als Spielball der Wahl- und Wählergeschenke an die eigene Klientel genutzt werden.

Wir FREIE WÄHLER stehen für verlässliche, vernünftige und realistische Politik abseits von Ideologie und althergebrachten sozialwirtschaftlichen Gespinnten des linken Zeitgeistes, im Bund, in Rheinland-Pfalz und bei Ihnen vor Ort.

Wir FREIE WÄHLER fordern:

- Die Verteilung der Wertschöpfung muss gerechter gestaltet werden.
- Stärkung der Kommunen und Sicherstellung eines sozialen und gemeinschaftlichen Lebens vor Ort.
- Arbeitsplätze für hochqualifizierte und andere schaffen und sichern.
- Attraktivität des ländlichen Raumes für Arbeitgeber erhalten und ausbauen.
- Soziale Hilfe dort leisten wo sie benötigt wird.

12. Ehrenamt und Blaulichtfamilie als Rückgrat der Gesellschaft

Zu unseren besonderen kulturellen Grundlagen gehören die Vereine, die Hilfsorganisationen und das Ehrenamt. Diese gilt es intensiver zu unterstützen. So setzen wir uns beispielsweise dafür ein, dass das Ehrenamt deutlich gestärkt wird.

Gleiches gilt für die haupt- und ehrenamtlich tätigen Mitglieder der **Blaulichtfamilie**. Hier werden Menschenleben und ganze Existenzen im Notfall gerettet. Seit Jahren fehlt es hier an Mitteln und Konzepten, da oftmals zu wenig Fokus auf diesen bedeutenden Bereich gelegt wird. Wir möchten dies ändern.

Wir möchten schon bei der Jugend beginnen um qualifizierten Nachwuchs für die Zukunft auszubilden. Die frühzeitige Heranführung junger Menschen und Kinder an bspw. die freiwillige Feuerwehr ab dem Grundschulalter ist dabei wichtig um engagierte Ehrenamtler von morgen zur begeistern. Hierbei sollen auch Kinder und Familien mit Migrationshintergrund eingebunden werden, um die Vernetzung in der kommunalen Gemeinschaft zu stärken.

Vereine prägen maßgeblich unser Kultur- und Brauchtum. Tradition und Moderne treffen hier aufeinander und sind wichtig für den Zusammenhalt unter Menschen. Wir setzen uns daher für die Unterstützung von in Not geratenen Vereinen, Informations- und Beratungsdienste für Vereine, den Abbau von Vorschriften sowie für eine bessere finanzielle Förderung durch Landesmittel ein.

Wir machen uns stark für den Erhalt der ehrenamtlich geführten **Tierheime**. Kein Tier soll aufgrund von mangelnder Auffangmöglichkeiten auf der Straße enden.

Wir möchten Frauen bestärken sich auszutauschen und ihren Erfahrungsschatz im gesellschaftlichen Leben einzubringen. Hierzu möchten wir Frauenverbände (z.B. die Landfrauenverbände) stärken und unterstützen.

Die **Einrichtung des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit** hat sich bewährt und soll fortgeführt werden. Denn so haben die bedeutenden Ämter 31 (Ordnungsamt) und 37 (Feuerwehr) für ihre Anliegen einen eigenen Ausschuss des Stadtrates.

Die Stadt Koblenz muss der zunehmenden Verrohung in der Alt- und Innenstadt engagiert entgegentreten. Wir fordern auch ein couragiertes Vorgehen gegen Bettler-Banden, die das Einkaufserlebnis in Koblenz trüben. Gemeinsam mit der Polizei Rheinland-Pfalz sind entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Wir fordern für das Ordnungsamt eine neue Heimat. Das **Behördenhaus in der Ludwig-Erhard-Straße** erfüllt nicht die Anforderungen an die Aufgaben des Amtes. Darunter leiden Bürger wie Personal.

Die Personalstärke der Stadtpolizei – des Kommunalen Vollzugsdienstes (KVD) – muss ausgebaut werden, um die vielfältigen Aufgaben auch erfüllen zu können. FREIE WÄHLER fordern weiterhin eine „**Altstadt-Wache**“ **im Herzen der Stadt**, die „**Alte Burg**“ oder das „**Münzmeisterhaus**“ könnten eine mögliche Unterbringung hierfür sein.

Die Feuerwehren – Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehren - im Stadtgebiet müssen weiterhin bestmöglich ausgestattet sein. Das Drei-Wachen-Konzept ist umgesetzt. Die Sanierung der **Hauptfeuerwehrwache** ist uns ein Anliegen.

Zur Sicherheit zählt auch in Krisenzeiten auskömmlich Einrichtungen für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz vorzuhalten. FREIE WÄHLER fordern ein entsprechendes Konzept und die **Re-Aktivierung und den Neubau von Zivilschutzeinrichtungen**. Generell ist die „Blaulicht-Familie“ zu auch kommunal stärker zu unterstützen, etwa auch die DLRG.

Ein **Neubau der Justizvollzugsanstalt** und eine Schließung des Standort Karthause halten FREIE WÄHLER für notwendig und wollen entsprechend auf die Landesregierung einwirken.

Wir FREIE WÄHLER stehen für:

- Stärkung und grundlegende Unterstützung aller ehrenamtlich Tätigen, gleich in welchem Bereich.
- Entwicklung von Konzepten zur Stärkung der Sicherheit und Anerkennung aller Mitglieder der Blaulichtfamilie, unabhängig davon ob sie ehrenamtlich oder hauptamtlich tätig sind.

Freiheit braucht Sicherheit. Koblenz braucht FREIE WÄHLER.